

Die Deutschen leben in einer alternden Welt. Immer mehr über Sechzigjährige stehen immer weniger unter Zwanzigjährigen gegenüber. Knapp 25 Prozent der Bevölkerung in Deutschland sind sechzig Jahre und älter – und nur 21 Prozent sind jünger als zwanzig Jahre. In den nächsten vierzig, fünfzig Jahren steigt der Anteil der über Sechzigjährigen auf 35 bis 38 Prozent, jener der unter Zwanzigjährigen wird aller Voraussicht nach auf 16 bis 17 Prozent sinken. Dieser demografische Wandel, auf den Wissenschaftler bereits vor drei Jahrzehnten aufmerksam machten, wurde von der Politik lange nicht zur Kenntnis genommen. Immerhin hat 1992 der zwölfte Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werden Gesellschaft an die Einzelnen und die Politik“ eingesetzt, die 1994 zu Ende der Wahlperiode einen ersten Zwischenbericht vorlegte, der allerdings in der Öffentlichkeit kaum Beachtung fand. Der dreizehnte Deutsche Bundestag hat sodann die Kommission „Demografischer Wandel“ erneut eingesetzt mit dem Ziel, zu den Themenbereichen Arbeitsmarkt und Wirtschaft, soziale Sicherungssysteme, Familie und soziale Netzwerke sowie zu Fragen der Migration und Integration Daten zu sammeln und Prognosen zu stellen. Dieser sehr differenziert erarbeitete Bericht von 880 Seiten wurde im Oktober 1998 der Bundestagspräsidentin übergeben, konnte aber zu Ende der Wahlperiode nicht hinrei-

chend diskutiert werden. Ein ähnliches Schicksal erlitt der nur knapp 700 Seiten starke Abschlussbericht, den die 1999 vom vierzehnten Bundestag erneut eingesetzte Kommission im März 2002 übergeben hatte.

Offenbar sind diese drei Berichte und äußerst gründlichen Datensammlungen in der Ablage verschwunden, denn in der nun folgenden fünfzehnten Wahlperiode wurden erneut Kommissionen eingesetzt, die sich mit den sozialen Sicherungssystemen zu befassen haben. Dass der Bereich der sozialen Sicherung eine besondere Herausforderung und eine sehr schwer lösbare Aufgabe ist, hat man endlich begriffen. Es klafft ein Loch bei der Rente, in den Krankenkassen, bei der Pflegeversicherung. In der Öffentlichkeit wird dafür nahezu ausschließlich der demografische Wandel oder „die Vergreisung unserer Gesellschaft“, die zunehmende Langlebigkeit verantwortlich gemacht und damit mehr oder minder der älteren Bevölkerung die Schuld in die Schuhe geschoben, indem man über „Rentenlast“ und „Pflegebelastung“ stöhnt.

Ältere Menschen werden als „Sündenböcke der Nation“ gebrandmarkt, wenn zum Beispiel von Professorenseite die Forderung erhoben wird, 75-Jährige und Ältere von bestimmten medizinischen Leistungen wie Dialyse et cetera auszuschließen.

Noch haben die Kommissionen ihre Arbeit nicht beendet, da jagen jeden Tag andere Gerüchte durch die Medien und verunsichern die Bürger dieses Landes,

ganz besonders die ältere Generation, die von den verschiedenen Sparvorschlägen mehrfach betroffen zu sein scheint: Rentenkürzungen beziehungsweise „Nullrunden“, die nicht einmal einen Inflationsausgleich ermöglichen, Zuzahlung bei Arztbesuchen und Medikamenten, Leistungskürzungen bei Zahnbehandlungen, Erhöhung der Beiträge in die Pflegekassen und dergleichen mehr. Dass diese Gerüchte nicht gerade die Konsumfreudigkeit der heute noch zum Teil recht wohlhabenden Rentnergeneration erhöhen, liegt auf der Hand.

Die meisten der Rentner und Pensionäre sind durchaus bereit, durch eigene Beiträge zur Lösung der misslichen finanziellen Lage in Deutschland beizutragen, doch sie wollen endlich wissen, womit sie in Zukunft rechnen müssen. Sie sind keineswegs so egoistisch, wie es von manchen Jüngeren behauptet wird. Sie haben im Laufe ihrer Biografie gelernt, sich einzuschränken, sich mit wenig zufriedenzugeben – vielleicht mehr als andere Generationen. Viele der älteren Rentner kennen die Inflation der zwanziger Jahre, die Depression und den Bankenkrach der dreißiger, Arbeitslosigkeit, Krieg, Ausbombung, Flüchtlingselend und extrem schlechte Wohnsituationen. Sie haben, wie biografische Studien zeigen, nur einen Hauptwunsch: dass es ihren Kindern besser geht. Alle Untersuchungen zeigen, dass gerade der heutigen Rentnergeneration das Wohl ihrer Kinder und Kindeskinder am Herzen liegt, für die sie im privaten Rahmen schon heute sehr viel tun – sei es durch finanzielle Unterstützung, durch Sachleistungen oder durch Betreuungsleistungen.

Die Wurzel aller Übel?

Hinweise auf den demografischen Wandel dienen häufig als Ausrede für das Zusammenbrechen der Sicherungssysteme. Das ist eine sehr einseitige Sicht. Dieser demografische Wandel findet statt in ei-

ner Zeit struktureller Veränderungen, in einer Zeit des wirtschaftlichen Wandels, des rapiden technischen und sozialen Wandels und auch in einer Zeit des Wertewandels, der zum Teil für die niedrigeren Geburtenraten verantwortlich zu machen ist.

Die Ausdehnung der Jugendzeit und die Vorverlegung des Seniorenalters trotz besserer Gesundheit und vorhandener Kompetenz führen zu einer Verkürzung des eigentlichen aktiven mittleren Erwachsenenalters.

Zunächst einmal existiert eine verlängerte Jugendzeit: Nicht mit fünfzehn Jahren tritt man in das Berufsleben ein, sondern im Durchschnitt erst mit 25 Jahren! In den ersten Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts wurde man früher eingeschult, ging acht Jahre zur Volksschule, kannte noch keine Berufsschulen, und der Besuch weiterführender Schulen war nur wenigen vergönnt, Mädchen zunächst gar nicht. Man war mit fünfzehn Jahren berufstätig und hat in die Rentenkassen und in die Krankenkassen eingezahlt. Heute zahlt man erst in einem weit späteren Lebensalter nach Abschluss der Ausbildung (das erste Universitätsexamen erfolgt in Deutschland durchschnittlich mit 28 Jahren!) voll in die Renten- und Krankenkassen ein. Ein Teil des „Rentenlochs“ dürfte mit den fehlenden Beiträgen Jüngerer zu erklären sein, aber auch mit den fehlenden Beiträgen vieler älterer Erwerbsfähiger, die aufgrund der derzeitigen Situation am Arbeitsmarkt keine Arbeit finden. Im Jahr 2001 waren nur 36,8 Prozent aller 55- bis 64-Jährigen in Deutschland im Erwerbsleben, während es beispielsweise in Norwegen knapp siebzig Prozent, in der Schweiz und in Schweden 67,1 Prozent waren.

Die leeren Rentenkassen sind nicht primär ein demografisches, sondern ein wirtschaftliches und ein gesellschaftliches Problem! Man ordnet den Menschen

bis 35 den Jugendgruppen zu, zählt ihn ab 45 zu den „älteren Arbeitnehmern“, gibt ihm ab fünfzig keine Berufschancen mehr und schiebt ihn ab 55 zu den Senioren. Das eigentliche aktive mittlere Erwachsenenalter wird von beiden Seiten beschnitten und schrumpft dadurch auf fünfzehn bis zwanzig Jahre zusammen. Trotz gegenteiliger wissenschaftlicher Erkenntnisse wird der ältere Arbeitnehmer als leistungsgemindert eingestuft!

Das negative Altersbild ist in dieser Gesellschaft weit verbreitet. Wie sehr wird jeder „Generationswechsel“ gelobt, jede „Verjüngung der Mannschaft“ gepriesen! Es bedarf jedoch in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und in der Arbeitswelt sowie in der Politik des Miteinanders aller Generationen! Es bedarf der spezifischen Kompetenz der Älteren: ihrer Erfahrung, ihres Wissens um soziale Zusammenhänge. Es bedarf aber auch der Dynamik und Risikofreude der Jüngeren, die nach Veränderung drängen – Jung und Alt sowie die mittlere Generation werden gebraucht.

Später Berufsbeginn und frühes Berufsende führen zu erheblichen Belastungen der Sozialkassen. Neben dem demografischen Wandel spielen andere Faktoren eine bedeutsame Rolle, wie zum Beispiel

- eine Wirtschaftspolitik, die Arbeit schafft,
- eine Bildungspolitik, die bei kürzeren Ausbildungszeiten zu gefragten Qualifikationen führt,
- eine kontinuierliche Personalplanung mit über das ganze Berufsleben verteilter Fortbildung, die ältere Arbeitnehmer und somit Humankapital im Arbeitsleben behält, anstatt sie „freizusetzen“.

Und noch etwas trägt zu der Ablehnung Älterer auf dem Arbeitsmarkt bei: Manche Schutzgesetze wirken sich hier negativ aus, zeigen Bumerang-Effekte. Ist es nicht besser, als Fünfzigjähriger eine Anstellung ohne Kündigungsschutz zu

haben, als mit Kündigungsschutz arbeitslos zu sein?

„Generationengerechtigkeit“

Der Ruf nach „Generationengerechtigkeit“ durchdringt alle politischen Diskussionen der Gegenwart. Doch was ist „Generationengerechtigkeit“? Sie wird fast ausschließlich unter finanziellen Aspekten diskutiert. Die vorauszusehende Bevölkerungsentwicklung führt dazu, dass bei steigenden Pro-Kopf-Ausgaben und sinkender Anzahl der Beitragszahler die Beiträge in der Sozialversicherung steigen müssen. Während in der Kranken- und Pflegeversicherung auch die Rentner Beiträge zahlen, wird die Rentenversicherung ohne eine direkte Beteiligung der Rentner zum größten Teil aus den Beiträgen der jeweils aktiven Generation finanziert. Diese „aktive Generation“ reduziert sich – nicht nur aus demografischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen, die für einen verspäteten Berufsbeginn und ein vorgezogenes Berufsende verantwortlich zu machen sind. Natürlich ist es verständlich, dass die 25- bis 59-Jährigen, die im Arbeitsleben stehen, über zu hohe Belastungen klagen und „Generationengerechtigkeit“ einfordern. Aus dem Drei-Generationen-Vertrag ist ein Fünf-Generationen-Vertrag geworden. Die mittlere Generation zahlt manchmal für zwei Generationen, die noch nicht im Berufsleben stehen (mancher dreißigjährige Student hat sein Kind im Kindergarten), und oft für zwei Generationen, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Doch diese belastete mittlere Generation sollte wenigstens bedenken, dass manche Rentner von heute gar nicht freiwillig in Rente gingen, sondern von Vorruhestand, Frühpensionierung, Altersteilzeit und dergleichen Gebrauch gemacht haben, um den Jüngeren einen Arbeitsplatz zu sichern, was dann tatsächlich kaum der Fall war.

Wenn von „Generationengerechtigkeit“ die Rede ist, sollten neben der finan-

ziellen Belastung auch andere Aspekte bedacht werden. Biografische Studien von Männern und Frauen, die in den ersten vier Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts geboren sind, also der heute über Sechzigjährigen, zeigen eine große Benachteiligung der älteren Generation. Sie sind in Zeiten aufgewachsen, die weit härter waren als die heutige. Armut, Einschränkung und Verzicht zogen sich wie rote Fäden durch viele Lebenslaufschilderungen. Bildungsmöglichkeiten waren eingeschränkt – nicht nur für Frauen; selbst für eine Lehre musste man zahlen. Heutige Senioren hatten weit weniger Bildungs- und Weiterbildungs-Chancen! In diesem Land wurde noch nie so viel für die Bildung der jüngeren Generation ausgegeben wie heutzutage. Das ist auch gut so, weit mehr Mittel werden noch benötigt – doch sei diese Tatsache wenigstens erwähnt.

Schwerstarbeit und wenig Freizeit

Viele der heutigen Rentner waren 45 Jahre berufstätig – einen Zeitraum, den die jüngere Generation von heute nur sehr selten erreichen wird! Die älteren Rentner konnten noch die Sechzig-Stunden-Woche, bestimmt aber die 48- und die 45-Stunden-Woche! Für sie war der Samstag ein voller Arbeitstag; bis 1957 stand ihnen ein tariflich festgelegter Jahresurlaub von zwölf Tagen zu, Samstage mit eingerechnet! Wer von der jüngeren Generation heute möchte damit tauschen?

Schwere Arbeit und fast keine Freizeit bestimmten bei den heutigen Rentnern das junge und mittlere Erwachsenenalter – abgesehen von politisch düsteren Zukunftsaussichten, von Kriegs- und Nachkriegsjahren, in denen man doch zur Familiengründung Ja sagte. Sie haben drei, vier und manchmal mehr Kinder auf die Welt gebracht, trotz Kriegen und schwieriger Nachkriegszeit, trotz Hungersnot und Wohnungsnot und sehr trister Zukunftsaussichten. Sie haben ihre Kinder ohne Azubi-Gehalt und BAföG groß-

gezogen. Diese Generation ist nicht für den demografischen Wandel verantwortlich zu machen. Ihr ist auch nicht für eine „Überalterung“ der Gesellschaft, die zu einer finanziellen Überforderung der jungen Menschen führen kann, die Schuld zuzuweisen. Sie hat Kinder, doch oft keine Enkelkinder. Diese Gesellschaft hat nicht zu viele alte Menschen, sondern zu wenige junge; sie leidet an einer „Unterjüngung“. Aus dieser Unterjüngung erwächst die Gefahr der finanziellen Überforderung der jungen und mittleren Generation, die eigene Kinder ablehnte und nun um ihre spätere Rente bangt.

Gründe des Geburtenrückganges

Noch zu Beginn dieses Jahrhunderts hatten Kinder vielfach „instrumentellen“ Charakter: Sie wurden als persönliche Alterssicherung erlebt, sie wurden als Arbeitskraft für Haus und Hof gebraucht und als „Stammhalter“ sehr geschätzt („Der Wunsch nach dem Sohn ist der Vater vieler Töchter“ – lautet ein altes Sprichwort). Diese Funktionen entfallen heutzutage. Die Alterssicherung hat die Gesellschaft übernommen, eine Arbeitskraft für Haus und Hof ist dank technischer Entwicklungen nicht mehr nötig, „Kinderarbeit“ sogar verboten. Und schließlich kann auch die Tochter heute ihren Namen an die folgende Generation weitergeben, was sehr zu begrüßen ist. Heute haben Kinder vielmehr „expressiven“ Charakter, das heißt, sie werden als Ausdruck positiver erlebter Zweisamkeit gesehen, als Ausdruck zukunftsgerichteter Lebensweise; sie sind weit häufiger „Wunsch Kinder“, als dies früher der Fall war. Eine Politik allerdings, die Kinder nur als „Kostenfaktor“ diskutiert und die „Familienlasten“ hervorhebt, wird damit keinesfalls die Bereitschaft zum Kind erhöhen. Warum wird so selten vermittelt, dass Kinder Freude machen, eine Bereicherung im Leben der Eltern sind, auch wenn sie manche Opfer abverlangen?

Wie arm sind doch diejenigen Männer und Frauen, die Kinder ablehnen!

Doch die Zurückhaltung bei der Familiengründung hat noch andere Ursachen. Die in die gesellschaftliche Akzeptanz von „Ehen ohne Trauschein“ der heutigen Zeit verlängerte Jugendzeit bis in das vierte Lebensjahrzehnt hinein wirkt sich sicherlich negativ auf Eheschließung und Familiengründung aus. Da deswegen Ehen heute oft jenseits der Dreißig geschlossen werden, sind auch schon vom Biologischen her erhöhten Kinderzahlen Grenzen gesetzt. Und während in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts die junge Frau so lange im Elternhaus geblieben ist, bis geheiratet wurde, verlässt sie heute meistens mit etwa zwanzig Jahren die elterliche Wohnung – sei es zur Berufsausbildung, zum Studium oder zur Berufstätigkeit an einem anderen Ort. So erlebt sie heute eine längere Zeit des Alleinwohnens, der zunehmenden Verselbstständigung, der Entwicklung von Individualität, von eigenen Gewohnheiten und Eigenheiten. Das Wohnen im Elternhaus verlangte Anpassung an andere; die früher direkt erfolgende Anpassung an den Partner und sehr bald auch an Kinder war für die Frau damals selbstverständlich. Wenn man aber einmal mehrere Jahre, oft zehn bis zwölf Jahre, allein gelebt hat, einen eigenen Lebensstil entwickelt hat, dann fällt schon die Anpassung an einen dauernden Partner nicht leicht, geschweige denn an Kinder, die doch eine erhebliche Umgestaltung des Alltags verlangen. Dies ist eine Ursache dafür, dass viele junge Menschen heute das Single-Dasein vorziehen und dass, wenn sie einmal heiraten, dann oft das ursprünglich gewünschte zweite Kind nicht mehr kommt. Diese ausgeprägte Individualität dürfte, neben einer zunehmenden allgemeinen gesellschaftlichen Akzeptanz, eine Ursache für die steigenden Scheidungsraten sein.

Die Entwicklung des selbstständigen Lebens junger Leute wird sich heute

kaum rückgängig machen lassen. Und damit ist auch für die Zukunft eine eher pessimistische Prognose im Hinblick auf Geburtenzahlen gegeben. Eine Erhöhung familienpolitischer Leistungen ist wünschenswert – aber sie ist kein Instrument der Bevölkerungsentwicklung. Eine Erhöhung des Kindergeldes, so wünschenswert sie auch ist, wird nicht zu einem Anstieg der Geburtenrate beitragen. Einen wenigstens geringen positiven Einfluss darauf dürfte lediglich die Schaffung von Möglichkeiten für eine größere Vereinbarung von Beruf und Familie haben.

Rentner als Wirtschaftsfaktor

Ältere Menschen werden heute in der Öffentlichkeit nur als Kostenfaktor diskutiert, als „ökonomisch inaktive“. Dies ist, wie Winfried Schmähl, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Bremen, kürzlich nachgewiesen hat, eine sehr einseitige Sicht. Zunächst ist festzustellen: Diese Gesellschaft hat (noch) eine sehr wohlhabende Rentnergeneration, wenngleich es eine kleine Gruppe von vor allem Frauen über 75 Jahren gibt, die sehr zu rechnen hat. Der Anteil der Rentner unter allen Sozialhilfe-Empfängern ist auf sechs Prozent zurückgegangen.

Die Kaufkraft der heutigen Rentner ist groß, auch wenn zurzeit eine gewisse Zurückhaltung geübt wird. Das frei verfügbare Haushaltseinkommen der über Fünfzigjährigen ist höher als das der unter Fünfzigjährigen. Schätzungen zufolge verfügen die über Sechzigjährigen monatlich über fünf bis 7,5 Milliarden Euro Kaufkraft. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ermittelte im Jahr 2000 ein Vermögen von 1065 Milliarden Euro.

Schmähl wendet sich mit Recht dagegen, Ältere einseitig als „ökonomische Belastung“ zu sehen, und begründet dies unter anderem so:

1. Sehr viele Ältere haben eine positive Sparquote, bilden also Vermögen und

- beteiligen sich damit am Prozess der Wertschöpfung.
2. Auch Arbeit, die nicht als Erwerbsarbeit ausgeführt wird (Kinderbetreuung, Pflege, Ehrenamt) ist eine ökonomische Aktivität.
 3. Ältere sind eine starke Konsumenten-Gruppe.
 4. Ältere sind Steuerzahler, und damit beteiligen sie sich nicht unerheblich an der Finanzierung von Staatsausgaben.
 5. Intrafamiliäre Transfers fließen vorwiegend von den Älteren zu den Jüngeren.

So wurde im 1996 durchgeführten „Alters-Survey“ ermittelt, dass ein Drittel der Vierzig- bis 85-Jährigen familiäre Transfers leistet, die zu 84 Prozent den Kindern zufließen.

Wie aber steht es mit den Gesundheitskosten, deren Anstieg man mit der Zunahme der älteren Bevölkerung begründet? Nur der im Erwerbsleben Stehende zahlt den vollen Kassenbeitrag in die gesetzliche Krankenversicherung. Mit der Verkürzung des Berufslebens sind die Probleme der Kassen bereits vorprogrammiert. Doch auch hier wirkt der Generationenvertrag: In jüngeren Jahren zahlt man weit mehr ein, als man Leistungen abrufen, und finanziert damit die Behandlung der Krankheiten der älteren und jüngsten Generation. Dagegen zahlt man im höheren Alter weniger ein, beansprucht aber höhere Leistungen. Gäbe es eine gut funktionierende Wirtschaft, weniger Arbeitslose, früheren Eintritt ins Berufsleben und die Möglichkeit, bis 65 oder länger weiterzuarbeiten, dann würden sich die Probleme weniger verschärfen stellen.

Die Verteuerung im Gesundheitswesen kommt aber auch dadurch zu Stande, dass der enorme medizinische Fortschritt, der ja allen Generationen zugute kommt, bezahlt werden muss. Freilich, man hat festgestellt, dass der Mensch die letzten zwei Jahre vor seinem Tode die Kranken-

kassen am meisten belastet, allerdings trifft das weniger für die über Neunzigjährigen, verstärkt jedoch für die Zwanzig- bis Vierzigjährigen zu. Faktisch sterben mehr ältere als jüngere Menschen, so dass zwar pro Kopf weniger, in der Summe aber wesentlich mehr für die älteren Menschen in den letzten zwei Jahren vor dem Tod ausgegeben wird.

Ein weiteres Problem ist die Überregulierung. Viele Ältere wären durchaus bereit, beispielsweise bei Medikamenten aus eigener Tasche die Differenz zu dem preiswerteren Arzneimittel auf Rezept zuzuzahlen, wenn das möglich wäre. Hier gilt es, bestehende Regulierungen kritisch zu überprüfen.

Seniorinnen und Senioren sind durchaus bereit, ihren Beitrag zur Verbesserung der finanziellen und gesellschaftlichen Situation zu leisten. Keiner möchte Kinder und Kindeskindern belasten. Senioren wenden sich aber mit Recht dagegen, nur als „Last- und Kostenfaktor“ gesehen und für Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht zu werden.

Eltern-Kind-Beziehungen

Vielfache Veränderungen der Familiensituation sind zu konstatieren, doch im familiären Bereich ist eine Solidarität zwischen den Generationen nicht infrage zu stellen. Generationenkonflikte in der Familie haben in den letzten Jahrzehnten eher abgenommen als zugenommen. Die Analyse spontaner Lebenslaufschilderungen der von 1890 bis 1925 Geborenen weist weit häufiger auf sich über alle Lebensphasen hinziehende Konflikte mit den eigenen Eltern, als dies bei späteren Geburtsjahrgängen der Fall ist. Die in den Studien erfassten Geburtsjahrgänge 1930–32 und erst recht die in den Jahren 1950–52 Geborenen schildern weit weniger Auseinandersetzungen mit den eigenen Eltern sowie mit den eigenen Kindern. Eine finanzielle und materielle Abhängigkeit wird weit weniger erlebt; Ge-

bote und Verbote werden weit weniger ausgesprochen beziehungsweise als weniger eingreifend in die eigene Lebensgestaltung empfunden, das Vertrauensverhältnis zwischen Großeltern, Eltern und Kindern ist stärker als je zuvor. Man betont immer wieder, dass man sogar über Themen wie beispielsweise Sexualität miteinander reden kann.

Wie bereits erwähnt, ist der finanzielle Transfer zwischen den Generationen beachtlich. In der interdisziplinären Längsschnittstudie des Erwachsenenalters an den Universitäten Heidelberg und Leipzig hat sich gezeigt, dass siebzig Prozent der Mittsechziger ihre Kinder, 57 Prozent ihre Enkelkinder in teils sehr hohem Ausmaß unterstützen und außerdem 38 Prozent der Untersuchungsteilnehmer der Jahrgänge 1930–32 ihre Eltern beziehungsweise Schwiegereltern finanziell oder durch Hilfeleistungen unterstützen.

Doch im Verhältnis der Generationen zueinander geht es nicht nur um Materielles, sondern auch um die wechselseitige Anerkennung und Achtung. Der dritte deutsche Familien-Survey (1994), der 479 Familien mit 1285 Interviews aus allen drei Generationen erfasste, stellt zum Thema „Eigeninteressen und Solidarität“ fest, dass die Generationen in den Familien „weitaus mehr Aktivitäten entwickeln, als ihnen im medialen Alltag zugeordnet werden: Presse, Funk und Fernsehen verstehen es immer wieder, diese Art des Zusammenlebens als überholt, unattraktiv und nicht zeitgemäß darzustellen“. Und weiter heißt es: „Die Analyse der Eltern-Kind-Beziehung zeigt, dass sowohl die einzelnen Individuen wie auch die verschiedenen Generationen in ho-

hem Maße Aktivitäten entwickeln, um sich im Bedarfsfall gegenseitig zu helfen, sich zu unterstützen beziehungsweise miteinander in Kontakt zu bleiben.“ Und der Berliner Soziologe Martin Kohli stellt fest: „Heute wissen wir, dass dem öffentlichen Leistungsstrom von den Jüngeren zu den Älteren im Rahmen der Sozialversicherung ein privater Leistungsstrom von den Älteren zu den Jüngeren gegenübersteht.“ Er schließt seinen Beitrag zum Thema *Krieg der Generationen?* mit den Worten: „Es gibt also starke Solidaritätsbeziehungen, die das Konfliktpotenzial zwischen den Generationen verringern. Für die politischen Akteure entsteht daraus eine doppelte Aufgabe: Sie müssen das Konfliktpotenzial nüchtern ins Auge fassen und sich in der ganzen Breite der Politikbereiche rechtzeitig darauf einstellen. Sie müssen aber zugleich alles unterlassen, was zu einer unnötigen Dramatisierung des Konfliktes führt. Politik in einer alternden Gesellschaft ist Politik für alle Lebensalter, und sie muss die bestehenden Solidaritätsbeziehungen zwischen den Altersgruppen und Generationen aufnehmen. Diese durchaus vorhandene Solidarität ist ein Kapital, das nicht verschleudert werden darf.“

Die öffentliche Diskussion um die „Generationengerechtigkeit“ sollte sich nicht nur um Einzahlungen und Prozentsätze drehen und damit Generationenkonflikte in der Öffentlichkeit schüren. Sie sollte vor allem mit einem umfassenden Blick für die jeweils gegebenen Möglichkeiten sowie für die besonderen Herausforderungen zum gegenseitigen Verständnis und somit zu größerer Generationensolidarität beitragen.

Kinderlos in die Zukunft?

„Die einzige Zukunftssicherung, die zuverlässig funktioniert, sind Kinder, nichts anderes. Sie erwirtschaften die Sozialversicherungsbeiträge, die Steuern, die Zinsen, den Wohlstand, von dem wir leben, wenn wir alt sind.“

Susanne Gaschke am 14. August 2003 in *Die Zeit*.